

# Wirtschaft und Nachhaltigkeit



# Der Einfluss der Corona-Pandemie auf die Realisierungschancen einer Postwachstumsökonomie

## 1. Einleitung

Im Folgenden werden zunächst die Beweggründe der ›Postwachstumsbewegung‹ genannt. In einem weiteren Gedankenschritt wird versucht, die Position der ›Postwachstumsökonomie‹ (PWÖ) abzugrenzen von der eines ›degrowth‹ und eines ›green growth‹. Die Chancen dafür, dass die Corona-Pandemie kurzfristig zu einem neuen Verständnis von ›Wohlstand‹ führt und dass die sozialen Sicherungssysteme vom Wirtschaftswachstum gelöst werden können (zentrale Inhalte der PWÖ-Position), werden skeptisch eingeschätzt. Inwieweit eine Annäherung an die Ziele einer PWÖ möglich ist, hängt deshalb vor allem davon ab, ob die angestrebte Wiederbelebung der Wirtschaft mit einer ökologischen Zielsetzung betrieben werden kann.

›Postwachstumsökonomie‹ ist ein Sammelbegriff für zahlreiche Ideen und Forderungen, die auf eine substanziale Änderung der aktuellen Wohlstandsproduktion hinauslaufen. Neben einer kulturellen Begründung für die Notwendigkeit einer solchen Änderung (vgl. z. B. Miegel 2010) sind es vor allem ökologische Gründe, die dafür genannt werden. Der Wohlstand der frühindustrialisierten und wohlhabenden Länder der Welt basiert auf einem ressourcen- und energieintensiven Wirtschaftswachstum. Die einkommensarmen Länder sind aus ethisch nachvollziehbaren Gründen zu einer Initiierung derselben Wachstumsprozesse entschlossen. Ein weltweites Wachstum der bisherigen Art stößt aber auf planetarische Grenzen (vgl. Rockström et al. 2009a/b; Steffen et al. 2015). Die Assimilationskapazität der Atmosphäre für Treibhausgase sowie der Böden und Gewässer für Phosphor und Stickstoff ist begrenzt, und für die Vielfalt natürlicher Arten gibt es Grenzen, die im Interesse künftiger Generationen nicht unterschritten werden sollten. Das globale Nachhaltigkeits-Trilemma (vgl. Eriksson/Andersson 2010.) zwingt deshalb unter der Bedingung einer intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit und eines ökologisch verträglichen Wohlstandsniveaus zur grundlegenden Änderung eines auf ›Wachstum‹ programmierten Wirtschaftens. Das ist die kurz gefasste Begründung, die der Idee (oder Vision) einer PWÖ zugrunde liegt; von einem ›Konzept‹ wird man angesichts der vielen, zum Teil widersprüchlichen Vorstellungen von einer solchen Ökonomie nicht sprechen können.

Um den möglichen Einfluss der Corona-Pandemie auf die Realisierungschancen dieser Idee diskutieren zu können, ist zunächst zu klären, wofür sie steht bzw.

nicht steht. Sie tritt *nicht* notwendigerweise<sup>1</sup> für eine bewusst herbeigeführte Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ein, wie sie von Befürwortern und Befürworterinnen einer ›degrowth-Ökonomie gefordert wird. Diese Position unterschätzt die Möglichkeiten einer Entkoppelung des Energie- und Ressourcenverbrauchs von der Aufrechterhaltung und selbst vom Wachstum des gegebenen Niveaus des Sozialprodukts (SP), und sie überschätzt die Möglichkeiten einer Schrumpfung des BIP, ohne dass dadurch die Funktionsfähigkeit sozialer Sicherheitssysteme auf eine politisch inakzeptable Weise gefährdet wäre (vgl. Umweltbundesamt 2018: 32f.). Die PWÖ unterscheidet sich aber auch von der Strategie eines ›green growth‹. Vertreter und Vertreterinnen dieser Position (vgl. Bowen 2014; Bowen/Hepburn 2014; Calderon et al. 2014; Hepburn et al. 2018; Jaeger et al. 2011; Weltbank 2012) bleiben den Nachweis schuldig, dass Effizienzfortschritte tatsächlich ausreichen würden, um die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung so weit von der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen zu entkoppeln, wie es notwendig wäre, um die gegebenen planetarischen Grenzen einer globalen Wohlstandsproduktion nicht zu überschreiten. Ferner unterstellen sie ein Wohlstandskonzept, das an die traditionellen BIP-Indikatoren gekoppelt ist, das nennenswerte Änderungen im Verständnis von ›Wohlstand‹ ausschließt und das deshalb ein BIP-Wachstum für unverzichtbar hält (vgl. Umweltbundesamt 2018: 40f.).

In Abgrenzung zu diesen Positionen gehen die Vertreter und Vertreterinnen einer PWÖ (vgl. Jackson 2011; Seidl/Zahrnt 2010, 2019; van den Bergh 2011; Umweltbundesamt 2018) von einer vergleichsweise hohen Unsicherheit hinsichtlich der Kausalketten aus, die in den Strategien des ›green growth‹ und des ›degrowth‹ eine Rolle spielen. Sie nehmen die Tatsache ernst, dass es keine verlässlichen Informationen darüber gibt, wie weit die Entkoppelung von Naturverbrauch und SP-Wachstum gehen müsste, um die Wohlstandsproduktion innerhalb der planetarischen Grenzen zu halten. Sie bezweifeln ferner, dass eine solche Entkoppelung innerhalb der gebotenen Zeiträume technisch möglich und politisch durchsetzbar wäre. Unklar ist für sie auch, wie weit eine Drosselung der wirtschaftlichen Aktivitäten gehen könnte, ohne dass die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme (Gesundheit, Alterssicherung, Schutz vor absoluter Armut) ernsthaft gefährdet wäre.

Aus dieser Unsicherheit resultiert eine pragmatische Grundposition. Zur Verwirklichung einer PWÖ werden Maßnahmen zur Effizienzsteigerung gefordert, mit denen die Wohlstandsproduktion unabhängiger vom Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger und erschöpfbarer natürlicher Ressourcen wird. Marktkonforme Maßnahmen wie ein System handelbarer Emissionszertifikate gehören

1 Der Verfasser sieht sich außerstande, trennscharf zwischen den Positionen eines ›degrowth‹, ›green growth‹ und einer ›Postwachstumsökonomie‹ zu unterscheiden. Die ›degrowth-Position wird am deutlichsten vertreten von Asara et al. 2015; Demaria et al. 2013; D'Alisa et al. 2016; Kallis et al. 2018; Latouche 2009; Paech 2012.

ebenso in diesen Maßnahmenkatalog wie ordnungspolitische Instrumente (Auflagen, Verbote und Gebote). Mit einer zielgerichteten Innovationspolitik sollen die technischen Voraussetzungen für den Einsatz dieser Maßnahmen verbessert werden. Insoweit überschneidet sich die Position der PWÖ mit typischen Forderungen eines ›green growth‹.

Weil aber auch bezweifelt wird, dass die effizienzbasierten Entkoppelungsstrategien ausreichen werden, um die planetarisch gesetzten Grenzen einzuhalten, propagieren die Befürworter und Befürworterinnen einer PWÖ eine größere Unabhängigkeit der sozialen Sicherungssysteme vom Sozialproduktwachstum – eine Zielrichtung, die nicht im Fokus der ›green growth‹-Strategie steht. Zivilgesellschaftliche Alternativen zu den staatlich organisierten, wachstumsabhängigen Institutionen der sozialen Sicherung sollen diese Wachstumsabhängigkeit lösen und damit den Spielraum für Maßnahmen vergrößern, die eine Entkopplung des SP-Wachstums vom Naturverbrauch vorantreiben.<sup>2</sup> Gefördert werden sollen auch alle zivilgesellschaftlichen Initiativen, die mit einem veränderten Wohlstandskonzept experimentieren, um damit die enge Verknüpfung von ›Wohlstand‹ und ›Wirtschaftswachstum‹ zu lockern. Damit nähert sich die PWÖ manchen Positionen einer ›degrowth‹-Strategie, ohne deren Fixierung auf eine bewusst herbeigeführte Schrumpfung des BIP zu übernehmen.<sup>3</sup> Die Position einer PWÖ enthält also Elemente der ›degrowth‹- und der ›green growth‹-Strategien, ohne ausschließlich den Effizienzfortschritten bei der Entkopplung von Wohlstandsproduktion und Naturverbrauch zu vertrauen und ohne eine ›Schrumpfung‹ des BIP zu fordern. Insofern ist sie pragmatisch.

Hier ist nicht der Ort, auf die vielen Verästelungen dieser Position einzugehen und alle Maßnahmen zu diskutieren, die ihr zugeordnet werden. Drei Elemente, die für alle Varianten dieser Position von zentraler Bedeutung sind, sollen herausgegriffen und im Blick auf ihre Beeinflussung durch die Corona-Pandemie diskutiert werden: Ein alternatives Verständnis von Wohlstand; wachstumsunabhängige(re) Systeme der sozialen Sicherung; die Entkopplung von SP-Wachstum und Naturverbrauch.

2 Gedacht ist an »gemeinschaftsunterstützende Infrastrukturen wie Altenwohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser« (Kubon-Gilke 2019: 202), an ehrenamtliche Tätigkeiten im Pflegebereich, an eine Nachbarschaftshilfe u. Ä.

3 Jackson, der der Postwachstumsbewegung zuzurechnen ist, meint, dass die Frage, ob Investitionen (vorwiegend in erneuerbare Energiequellen und in ressourcensparende Technologien) »zu Wachstum führen oder nicht, eigentlich unerheblich« sei (Jackson 2011: 148, Herv. im Original). Entscheidend für ihn ist eine nachhaltige Umsteuerung der ökonomischen Prozesse. Wie sich dies auf die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten auswirkt, ist für ihn offenbar zweitrangig.

## 2. Alternativen zum traditionellen Verständnis von Wohlstand

›Wohlstand‹ ist ein Konstrukt, hinter dem die subjektiven Wünsche und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft stehen. Diese sind es letztlich, die darüber entscheiden, was und wie viel zu einem bestimmten Zeitpunkt produziert wird, und ihre Arbeitsleistung ist es, die das gewünschte Güterangebot bereitstellt. Ihre ›Grundbedürfnisse‹ wollen sie immer besser befriedigt sehen, und ihre darüber hinaus gehenden Wünsche, die der kulturell eingepflanzte Drang nach Neuerungen entstehen lässt, immer besser erfüllt. Im ›Steigerungsspiel‹ (diesen Begriff gebraucht Schulze: 2003), in das die Individuen der Moderne involviert sind, streben alle nach ›mehr‹, ›besser‹, ›reicher‹, ›bequemer‹ usw. Dazu stimuliert auch der persönliche Wettbewerb um Status, Macht, Einkommen und Vermögen, der das Niveau des gemeinsam Erreichten fortwährend ansteigen lässt. Was auf diese Weise ›wächst‹, ist die Menge der zur subjektiven Wunscherfüllung notwendigen Güter, d. h. die Höhe des Sozialprodukts. Wie es zusammengesetzt ist, welche Güter also in welcher Menge und zu welchem Zeitpunkt verfügbar sind, entscheiden die Bürger und Bürgerinnen mit ihrer Marktnachfrage und mit ihrem Stimmzettel bei demokratischen Wahlen.

Ein Sozialprodukt, das mit einem geringeren Naturverbrauch als bisher hergestellt und genutzt werden kann, setzt deshalb eine veränderte Struktur der mehrheitlich in einer Bevölkerung artikulierten Wünsche und Interessen voraus. Das ist eine Grundposition der PWÖ. Kein ›Konsumverzicht‹ wird gefordert, sondern ein alternatives Verständnis von Wohlstand, das den Übergang zu einem energie- und rohstoffärmeren SP nicht als einen ›Verzicht‹, sondern als einen Gewinn an Selbstverwirklichung und Lebenszufriedenheit erscheinen lässt (Ausstieg vom ›Hamsterrad der Erwerbsarbeit‹).

Diese Alternative sieht die Postwachstumsbewegung ansatzweise in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen verwirklicht. Es sind ›Nischen‹, die gekennzeichnet sind durch eine mehr oder weniger weitgehende Entkoppelung von den formalen Güter- und Arbeitsmärkten, durch ein relativ hohes Maß an freiwilliger, ideell motivierter Tätigkeit sowie durch eine bewusst angestrebte Begrenzung auf kleinräumliche, informelle Austauschbeziehungen. Beispiele sind das ›urban gardening‹ und das ›urban farming‹, die ›sharing economy‹ und die ›repair shops‹, ›transition towns‹ und ›Findhorn Communities‹. Sie stehen für zahlreiche Versuche, einen alternativen Lebens- und Konsumstil zu praktizieren.

Wie beeinflusst die Corona-Pandemie diese ›Graswurzel-Projekte, und wie wahrscheinlich wird dadurch ein ›Kulturwandel‹, der den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise erleichtert? Durch den ›Lockdown‹, mit dem die Ausbreitung des Covid-19-Virus in Grenzen gehalten werden soll, sehen sich alle bestätigt, die an diesen Projekten beteiligt sind. Ihre Eigeninitiativen, ihre relative Unabhängigkeit von formalen Marktprozessen und ihr nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen bewähren sich in einer Situation, in der alle zu materiellen Einschränkungen gezwungen sind. Wird damit eine alternative Art von Wohl-

stand so attraktiv, dass sie nach der zu erwartenden Überwindung der Pandemie von der Bevölkerungsmehrheit angestrebt wird? Bewirkt die Corona-Pandemie, dass aus ›Nischen‹-Phänomenen der Postwachstumskultur eine Massenbewegung entsteht und ein Kulturwandel eintritt, der den Spielraum für ein politisches Umsteuern der Wohlstandsproduktion entscheidend erweitert?

Auch Anwälte der PWÖ sind in dieser Hinsicht skeptisch (vgl. Noll: 2020). Sie bezweifeln, dass – wie Hartmut Rosa (2020: 1f.) meint – die Pandemie zu einem »grundlegenden gesellschaftlichen Paradigmenwechsel« führt, der die »Steigungslogik der modernen Gesellschaft und der kapitalistischen Wirtschaft« überwindet. Die Postwachstumsbewegung sieht zwar, dass sich ihr »zentraler Antagonist – das Wirtschaftswachstum – (...) als Folge der Pandemie praktisch über Nacht in Luft aufgelöst hat« (Noll 2020: 2) – zumindest vorübergehend. Ihr ist aber auch bewusst, wie stark der Wunsch nach einer Reaktivierung der Wachstumsdynamik ist und wie ungeduldig die meisten Menschen eine Prä-Pandemie-Situation herbeisehnen. Die bei der Bekämpfung der Pandemie eingetretenen Einkommensverluste dürften bei der Bevölkerungsmehrheit kaum zu der Einsicht geführt haben, dass ›Lebenszufriedenheit‹ (›Glück‹) auch bei einem geringeren Einkommens- und Konsumniveau möglich ist. Sehr viel ausgeprägter dürfte der Wunsch sein, die eingetretenen Einkommensverluste so bald wie möglich wieder rückgängig zu machen.

Ein abrupter Kulturwandel wird also von den meisten Anwälten einer PWÖ nicht erwartet. Sie sehen aber die Chance, anknüpfend an die Erfahrungen während der Corona-Krise verstärkt für ein neues Verständnis von ›Wohlstand‹ zu werben. Es habe sich gezeigt, wieviel Selbstorganisation und Kreativität möglich sei (›Masken nähen in Heimarbeit‹ usw.), sodass der eingeschränkte Zugang zu den Gütermärkten nicht mehr als ein unerträglicher Verlust empfunden werden müsse. Die ›Home-Office‹-Lösungen hätten bewusst gemacht, dass ein erheblicher Zeitgewinn möglich sei, wenn man nicht mehr regelmäßig zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendeln müsse. Die gewonnene Zeit erlaube mehr Muße und eröffne neue Möglichkeiten für selbstbestimmte Tätigkeiten.<sup>4</sup> Ganz allgemein sieht die Postwachstumsbewegung eine große Chance – »und zugleich eine große Verantwortung« (Noll 2020: 7) darin, unter Verweis auf die Pandemie-Erfahrungen die positiven Seiten eines ›dekommodifizierten‹ Lebensstils (vgl. Seidl 2020) hervorzuheben und damit für ein neues Verständnis von ›Wohlstand‹ zu werben. Wie erfolgreich sie damit ist, wird sich wohl erst langfristig zeigen – wobei in der wachstumskritischen Literatur nicht der Hinweis fehlt, dass weitere, noch zu erwartende und schwerwiegendere Krisen den notwendigen Kulturwandel beschleunigen könnten (vgl. Maurin 2020).

4 Für viele Eltern, die zusätzliche Betreuungsaufgaben zu übernehmen haben, dürfte allerdings das ›Home-Office‹ weniger mit zusätzlicher ›Muße‹ als mit zusätzlichem Stress verbunden sein.

### 3. Wachstumsunabhängige(re) Systeme der sozialen Sicherung

Den Vertretern und Vertreterinnen einer PWÖ ist bewusst, dass die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme in hohem Maße vom Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung abhängt. Das gilt in gleicher Weise für die Institutionen der Altersvorsorge, das Gesundheitswesen und den Schutz vor absoluter Armut. Jeder Versuch einer ökologischen ›Umsteuerung‹ der Güterproduktion, der das Wirtschaftswachstum gefährden könnte, stößt deshalb auf einen entschiedenen und ethisch nachvollziehbaren Widerstand. Um den ›Wachstumszwang‹ zu brechen und den politischen Handlungsspielraum für ein solches ›Umsteuern‹ zu erweitern, plädiert die Postwachstumsbewegung für eine Ergänzung der bestehenden Sicherungssysteme durch neue Formen einer Absicherung gegen Alters-, Gesundheits- und Armutsrisiken. Doch ein völliger Verzicht auf das ›Wirtschaftswachstum‹ ist auch nach Erkenntnis von Befürwortern der PWÖ nicht möglich. Dies ist dem Eingeständnis zu entnehmen, dass »auch in einer Postwachstumsgesellschaft (...) Sozialversicherungen und steuerfinanzierte Sozialpolitik als marktvermittelte und staatlich finanzierte und koordinierte Leistungen (...) eine zentrale Rolle spielen [werden]« (Kubon-Gilke 2019: 203). Sie sollen aber ergänzt werden durch eine präventive Sozialpolitik, durch veränderte Finanzierungsregeln und Anspruchsrechte sowie durch neue Unterstützungsformen reziproker Art.

Die Vorschläge zu einer präventiven Sozialpolitik (Vermögensumverteilung, Arbeitnehmerfonds u. a.) sowie zur Änderung der Finanzierungs- und Anspruchsbasis der sozialen Sicherung, etwa ein bedingungloses Grundeinkommen (vgl. ebd.: 198–201), unterscheiden sich nicht von gleichlautenden Forderungen verteilungs- und sozialpolitischer Art. Sie sind keine Besonderheit des Programms der PWÖ (es ist auch nicht einsehbar, inwieweit sie ohne positive Wachstumsraten des SP realisierbar wären). Womit sich die Postwachstumsbewegung hingegen abhebt von anderen Programmen, ist der Vorschlag informeller Unterstützungsleistungen auf reziproker Basis.

Bereits unter den gegenwärtigen Bedingungen gibt es eine Vielzahl wechselseitiger, nicht entlohnter Dienstleistungen im Haushalt, in der Verwandtschaft und in der Nachbarschaft. In einer PWÖ soll dieser Bereich ausgeweitet<sup>5</sup> und mit den alternativen Lebensformen verzahnt werden, mit denen die vielen ›Nischen‹ der Postwachstumsbewegung schon heute experimentieren (s. o.). Altenwohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser könnten beispielsweise die staatlichen Gesundheits- und Pflegedienste entlasten. Das Bildungssystem könnte durch die Ausweitung privater Erziehungsleistungen ergänzt werden. Die im Programm der PWÖ vorgesehene Kürzung der Erwerbsarbeit (›Ausstieg aus dem Hamsterrad‹)

5 Dass dabei Fortschritte hinsichtlich einer faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern nicht rückgängig gemacht werden, ist ein berechtigtes Anliegen aus feministischer Perspektive.

würde den dafür notwendigen Zeitrahmen schaffen. Wer sich an solchen Aktivitäten beteiligt, sollte mit einer Gutschrift auf einem ›Zeitkonto‹ entlohnt werden, wobei daran gedacht ist, dass dieses Guthaben gegen monetäre Leistungen einzulösen wäre. Dies sollte von staatlichen Organen organisiert werden, denn auch bei dieser Form der sozialen Sicherung »braucht es staatliche Garantien für die erworbenen Ansprüche, damit das nötige Vertrauen (...) entstehen kann« (ebd.: 202).

Die Postwachstumsbewegung ist also realistisch genug, um anzuerkennen, dass es keine Alternative, sondern lediglich Ergänzungen zu den bestehenden Institutionen der sozialen Sicherheit geben kann. Das bedeutet, dass – wenn überhaupt – nur bescheidende Fortschritte bei der Entkoppelung dieser Institutionen von einem ›Wachstumzwang‹ möglich sind.

Was ändert sich an diesem Befund durch die Corona-Pandemie? Der Bedarf an Pflegeleistungen ist gestiegen. Soweit sie in privater Regie erbracht werden können, bieten die postwachstumsinspirierten ›Nischen‹ gewisse Vorteile. Die Attraktivität dieser Lebensformen steigt, und dies kann die Zustimmung zum Programm der PWÖ erhöhen. Langfristig kann dies ihre Realisierungschancen verbessern. Doch an der Abhängigkeit einer PWÖ von den bestehenden Systemen der sozialen Sicherheit, die in hohem Maße auf ein wirtschaftliches Wachstum angewiesen sind, wird sich wenig ändern. Das bedeutet: Die Corona-bedingte Schrumpfung des SP und die dadurch entstandene Gefährdung der sozialen Sicherheit erhöhen den Druck auf eine möglichst rasche Wiederbelebung der wirtschaftlichen Dynamik. Ob damit die Realisierungschancen einer PWÖ verbessert werden können, hängt davon ab, ob die angestrebte Konjunktur- und Wachstumsförderung auch mit der Zielsetzung verfolgt wird, das Wirtschaftswachstum stärker vom Naturverbrauch zu entkoppeln.

#### 4. Die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Verbrauch natürlicher Ressourcen

Der Corona-bedingte ›Lockdown‹ war mit Blick auf die Erfüllung ökologischer Nachhaltigkeitskriterien ein Gewinn, der die kühnsten Hoffnungen von Wachstumskritikern übertraf. Weltweit ist die Emission von Treibhausgasen massiv zurückgegangen (vgl. International Energie Agency 2020), und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen kam mancherorts zum Erliegen (wie z. B. in der texanischen Fracking-Industrie). Niemand glaubt daran, dass dies von Dauer sein wird. Überall drängen die politischen Entscheidungsträger auf eine möglichst rasche Belebung der Wirtschaft. Inwieweit die Corona-Pandemie den Weg in eine PWÖ ebnet, hängt also davon ab, ob die zu erwartende Konjunktur- und Wachstumspolitik so mit strukturpolitischen Zielen verknüpft werden kann, dass ein ökologisch nachhaltigerer Wachstumspfad möglich wird.

Auf den ersten Blick sind die Bedingungen dafür nicht sehr günstig. Ein rascher wirtschaftlicher Aufschwung wird am ehesten zu erwarten sein, wenn ein gesamt-wirtschaftlicher Nachfrageschub ausgelöst wird, der auf die vorhandenen, durch den ›Lockdown‹ brach liegenden Produktionskapazitäten trifft. Die Struktur der vorhandenen Kapazitäten müsste dafür möglichst passgenau mit der Nachfragestruktur übereinstimmen. Änderungen der Produktionsstruktur durchsetzen zu wollen, würde die konjunkturpolitischen Absichten nicht unterstützen, sondern eher konterkarieren.

Gleichwohl bietet die gegenwärtige Situation Chancen für einen nachhaltigeren Wachstumspfad – sie müssten nur konsequent genutzt werden. Der ›Lockdown‹ hat virtuellen Kommunikationsformen einen kräftigen Auftrieb gegeben. Video- und Telefonkonferenzen ersetzen viele Dienstreisen. Das ›Home-Office‹ erspart zeitaufwendige Pendelfahrten. Ein digitaler Fernunterricht bietet Anreize für neue pädagogische Möglichkeiten. Die volle Nutzung des Potenzials, das solche Formen der Digitalisierung bieten, scheitert bisher an Engpässen in der erforderlichen Infrastruktur. Deshalb besteht ein hoher Bedarf an öffentlichen und privaten Investitionen. Pläne für den Ausbau von Breitbandnetzen, die schon länger vorliegen, könnten jetzt mit Nachdruck umgesetzt werden. Das gilt auch für andere, seit Langem geforderte Investitionen in die physische Infrastruktur: die Erneuerung von Straßen und Brücken, den Ausbau des Schienennetzes, den Bau von Windkraftanlagen und von Stromleitungsnetzen, die Sanierung öffentlicher Gebäude (insbesondere Schulgebäude), den Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos usw. Projekte dieser Art würden unmittelbar der Bauwirtschaft zugutekommen und – verstärkt durch Multiplikatoreffekte – die Konjunktur beleben, zugleich aber auch Akzente für einen veränderten Wachstumspfad setzen. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und die Emission klimaschädlicher Treibhausgase ließen sich dadurch verringern. Mit dieser Zielsetzung haben Anwälte einer PWÖ auch mehrere Wirtschaftsverbände auf ihrer Seite. Ein ›Green Recovery‹ aus der Corona-Krise ist auch Teil des Programms der EU-Kommission.

Es bestehen also durchaus Möglichkeiten, die angestrebte wirtschaftliche Wiederbelebung mit strukturpolitischen Akzenten zu versehen, die eine Entkoppelung von ›Wirtschaftswachstum‹ und ›Naturverbrauch‹ erleichtern. Ob dies ausreichen wird, um den sogenannten ›ökologischen Fußabdruck‹ der Bundesrepublik auf das ökologisch nachhaltige Maß zu begrenzen, bleibt offen. Von einer globalen Einhaltung ökologischer Belastbarkeitsgrenzen könnte ohnehin nur gesprochen werden, wenn alle Länder der Welt die Erfordernisse einer PWÖ erfüllen würden. Damit ist kaum zu rechnen. Vielmehr ist zu befürchten, dass die überall eingetretenen Einkommensverluste zu einer forcierten Wachstumspolitik führen werden, die das globale Ziel einer PWÖ in noch weitere Ferne rückt.

Wie beeinflusst also – abschließend gefragt – die Corona-Pandemie die Realisierungschancen einer PWÖ? Hat man globale Zusammenhänge im Blick, so wird man kaum von einer Verbesserung dieser Chancen sprechen können. Kurz- und mittelfristig ist eher das Gegenteil zu erwarten, wenn die Prognosen zutreffen,

dass die Erreichung eines befriedigenden Wachstumspfades mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, und wenn man davon ausgeht, dass die meisten Länder vorwiegend an einem höheren BIP interessiert sind. Inwiefern in der Bundesrepublik – und darüber hinaus in der EU – eine Annäherung an die PWÖ möglich sein wird, hängt vor allem davon ab, wie entschlossen eine ökologisch nachhaltige Konjunktur- und Wachstumspolitik betrieben wird. Von veränderten Wohlstandszielen und Konsumgewohnheiten sowie von alternativen sozialen Sicherheitsnetzen starke Impulse für die Verwirklichung einer PWÖ zu erwarten, dürfte unrealistisch sein. Die von der Corona-Pandemie ausgehenden Gesundheitsrisiken werden von den meisten Menschen nicht als so gravierend – und vor allem als nicht so dauerhaft – eingeschätzt, als dass sie ihren Lebens- und Konsumstil grundlegend ändern würden. Anders formuliert: Ein kurzfristiger ›gesellschaftlicher Paradigmenwechsel‹ (Rosa 2020: 2) im Streben nach ›Wohlstand‹ ist von der Corona-Pandemie nicht zu erwarten. Auf längere Sicht könnten allerdings die Erfahrungen mit der Pandemie dem Werben für eine ökologisch nachhaltigere Wohlstandproduktion in Politik und Gesellschaft mehr Gehör verschaffen. Wie unverzichtbar dies ist, zeigen mit brutaler Deutlichkeit die planetarischen Grenzen eines unveränderten Wirtschaftswachstums.

## Literaturverzeichnis

- Asara, V./Otero, I./Demaria, F./Corbera, E. (2015): Socially Sustainable Degrowth as a Social-Ecological Transformation: Repoliticizing Sustainability, in: *Sustainability Science*, Vol. 10/No. 3, 375–384.
- Bowen, A. (2014): Green Growth. In: Atkinson, G./Dietz, S./Neumayer, E. /Agarwala, M. (Eds.): *Handbook of Sustainable Development*. Second Edition. Cheltenham (UK)/Northampton (MA; USA): Edward Elgar, 237–251.
- Bowen, A./Hepburn, C. (2014). Green Growth: An Assessment, in: *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 30/No. 3, 407–422.
- D'Alisa, G./Kallis, G./Demaria, F. (Hrsg.) (2016): *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära*. München: Oekom Verlag.
- Calderon, F./Stern, N./Oppenheim, J. (2014): *Better Growth Better Climate. The New Climate Economy Report*. The Global Commission on the Economy and Climate, Washington D. C.: World Resources Institute.
- Demaria, F./Schneider, F./Sekulova, F./Martinez-Alier, J. (2013): What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: *Environmental Values*, Vol. 22/No. 2, 191–215.
- Eriksson, R./Andersson, J. O. (2010): *Elements of Ecological Economics*, London u. a.: Routledge.
- International Energy Agency (2020): *Global Energy Review 2020*. Link: <https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2020/global-energy-and-co2-emissions-in-2020> (zuletzt abgerufen 01.06.2020).
- Jackson, T. (2011): *Wohlstand ohne Wachstum*, München: Oekom Verlag.
- Hepburn, C./Pless, J./Popp, D. (2018): Encouraging Innovation that Protects Environmental Systems: Five Policy Proposals, in: *Review of Environmental Economics and Policy*, Vol. 12/No. 1, 154–169.

- Jaeger, C. C./Paroussos, L./Mangalagiu, D./Kupers, R./Mandel, A./Tabara, J. D.* (2011): A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. European Climate Forum.
- Kallis, G./Kostakis, V./Lange, S./Muraca, B./Paulson, S./Schmelzer, M.* (2018): Research on Degrowth, in: Annual Review of Environment and Resources Vol. 43/No. 1, 291–316.
- Kubon-Gilke, G.* (2019): Soziale Sicherung in der Postwachstumsgesellschaft, in: Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft, Marburg: Metropolis-Verlag, 193–206.
- Latouche, S.* (2009): Farewell to Growth, Cambridge: Polity Press.
- Maurin, J.* (2020): Nicht mehr zurück ins Hamsterrad. Niko Paech über Postwachstum und Corona. Link: <https://taz.de/Niko-Paech-ueber-Postwachstum-und-Corona/!5680789> (zuletzt abgerufen am 14.05.2020).
- Miegel, M.* (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin: Propyläen.
- Noll, C. K.* (2020): By Design or by Disaster, in: Blog Postwachstum. Link: <https://www.postwachstum.de/by-design-or-by-disaster-20200423> (zuletzt abgerufen am 14.05.2020).
- Paech, N.* (2012): Befreiung vom Überfluss auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom Verlag.
- Rockström, J./Steffen, W./Noone, K./Persson, A./Chapin, F. S./Lambin, E. F./Lenton, T. M./Scheffer, M./Folke, C./Schellnhuber, H. J./Nykvist, B./de Wit, C. A./Hughes, T./van der Leeuw, S./Rodhe, H./Sorlin, S./Snyder, P. K./Costanza, R./Svedin, U./Falkenmark, M./Karlberg, L./Corell, R. W./Fabry, V. J./Hansen, J./Walker, B./Liverman, D./Richardson, K./Crutzen, P./Foley, J. A.* (2009a): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity, in: Ecology and Society, Vol. 14/No. 2, art. 32.
- Rockström, J./Steffen, W./Noone, K./Persson, A./Chapin, F. S./Lambin, E. F./Lenton, T. M./Scheffer, M./Folke, C./Schellnhuber, H. J./Nykvist, B./de Wit, C. A./Hughes, T./van der Leeuw, S./Rodhe, H./Sorlin, S./Snyder, P. K./Costanza, R./Svedin, U./Falkenmark, M./Karlberg, L./Corell, R. W./Fabry, V. J./Hansen, J./Walker, B./Liverman, D./Richardson, K./Crutzen, P./Foley, J. A.* (2009b): A Safe Operating Space for Humanity, in: Nature, Vol. 461, 472–475.
- Rosa, H.* (2020): Wir können die Welt verändern, in: Die Zeit/Christ & Welt, Nr. 19, 1 f.
- Schulze, G.* (2003): Die beste aller Welten, München, Wien: Carl Hanser Verlag.
- Seidl, I./Zahrnt, A.* (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.)* (2019): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Seidl, I.* (2020): Arbeit, Corona-Krise, Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft. Link: <https://www.postwachstum.de/taetig-sein-trotz-corona-20200430> (zuletzt abgerufen am 14.05.2020).
- Steffen, W./Richardson, K./Rockstrom, J./Cornell, S. E./Fetzer, I./Bennett, E. M./Biggs, R./Carpenter, S. R./de Vries, W./de Wit, C. A./Folke, C./Gerten, D./Heinke, J./Mace, G. M./Persson, L. M./Ramanathan, V./Reyers, B./Sörlin, S.* (2015): Planetary Boundaries: Guiding Human Development on a Changing Planet, in: Science, Vol. 347/No. 6223, 1259855.
- Umweltbundesamt (Hrsg.)* (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarischer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. Link: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba\\_texte\\_89\\_2018\\_vorsorgeorientierte\\_postwachstumsposition.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba_texte_89_2018_vorsorgeorientierte_postwachstumsposition.pdf) (zuletzt abgerufen am 10.05.2020).
- Van den Bergh, J.* (2011): Environment Versus Growth – A Criticism of 'Degrowth' and a Plea for 'A-Growth', in: Ecological Economics Vol. 70/No. 5, 881–890.
- Weltbank* (2012): Inclusive Green Growth: The Pathway to Sustainable Development, Washington D. C.: The World Bank.